Fraktion GRÜNE
im Kreistag Dahme-Spreewald

## Öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen

## Beschlussantrag für den Kreistag

Der Kreistag möge beschließen:

1.
Der Kreistag des Landkreises Dahme Spreewald setzt sich für eine umfassende Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs im Landkreis ein auf der Basis umfängliche Fachplanungen durch die Verwaltung, die Fachgremien, den Kreistag und durch extern Beratung.

Zielsetzungen sollen dabei sein

- massive Verbesserungen des örtlichen ÖPNV-Angebotes durch innovative Angebote wie Rufbus- und Bürgerbuskonzepte, Mitfahrerapps u.ä.
- eine Angebotserweiterung im Schienenpersonennahverkehr, sofern überwiegend kreisbedeutsam und konform mit dem ÖPNV-Gesetz (§3 (2)) des Landes Brandenburg
- bessere Verknüpfung der ÖPNV-Angeboten untereinander
- erweiterte Park&Ride- und (gesicherte) Fahrradabstellanlagenangebote an wichtigen ÖPNV-Zugangspunkten
- Anwerbung, Aus- und Weiterbildung sowie Bindung von Mitarbeitern des kreiseigenen Verkehrsunternehmens
- Ausgleich von Fahrpreisreduktionen bei Einzelfahrten und insbesondere bei Zeitkarten

2.
Die für den ÖPNV im Kreishaushalt zur Verfügung gestellten Mittel sollen zur Bewältigung dieser Zielsetzungen bis 2023 bedarfsgerecht angepasst werden. Auf der Basis der Zahlen von 2018 ist bis 2023 eine Verdreifachung der Aufwendungen für den ÖPNV anzustreben und entsprechend schrittweise in den Haushalt einzustellen.

3.
Die zusätzlichen Mittel sollen die unter 1 genannten, z. T. noch zu entwickelnden Maßnahmenkomplexe absichern und den ÖPNV sowohl in der Fläche als auch den Verdichtungsräumen als Komplexangebot ausbauen helfen, was durch eine Verstärkung nur des Bus-Linienverkehr nicht erreicht werden kann noch leistbar ist.

**Begründung**
Der öffentliche Diskurs zur Klimawende bedarf der praktischen Umsetzung in einer Vielzahl von Bereichen. Beim ÖPNV im Landkreis sind die Versorgungsdefizite offensichtlich, die Klimavorteile eine Verkehrswende hin zu mehr ÖPNV-Nutzung bei konsequenten Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrangebotes sind unstrittig. Dem Landkreis steht hierbei laut Brandenburger ÖPNV-Gesetz mit hoher Verantwortung in der Pflicht. Die deutliche Aufstockung der Mittel für diesen zentralen Bereich soll ihm dabei helfen, dieser Verpflichtung entsprechend den Notwendigkeiten gerecht zu werden.
Zu beachten ist, jenseits der Klimadiskussion, dass mit dem ungebremsten Wachstum der Hauptstadtregion die Anforderungen an den ÖPNV ohnehin enorm wachsen werden

und die Leistungen massiv ausgebaut werden müssen, wenn nicht im Berlin-nahen Raum man sehenden Auges in den Verkehrskollaps gehen will.
Ein ausgebauter ÖPNV ist aber zugleich eine Entwicklungschance, mehr noch: die Entwicklungsvoraussetzung! für die Gemeinden und Städte „in zweiter Reihe“ gemäß Landesentwicklungsplan HR, wobei es einen Wettbewerb unter den an die Hauptstadtregion angrenzenden Landkreises geben wird. Investitionen in den ÖPNV werden sich also auch aus dieser Sicht langfristig mehrfach bezahlt machen.

*Anmerkung: RVS-Ausgleichszahlungen 2018: 7.250.000 Euro, Zuschüsse zur Beschaffung von Fahrzeugen 2018: 1.102.000 Euro.*

Landkreis Dahme-Spreewald
Fraktion GRÜNE
im Kreistag Dahme-Spreewald
Reutergasse 12
15907 Lübben